



Fakten, Fakten, Fakten – ein Zwischenruf!

Fakten sind ein wichtiger Baustein für die Wertung und Meinungsbildung der Bürger zu einem bestimmten Thema. Aber was sind denn Fakten im wörtlichen Sinn überhaupt.

Wortbedeutung/Definition laut Google:

Ein Fakt ist ein tatsächlich bestehender Umstand, eine unumstößliche Tatsache

Synonyme zu Fakt: Sachverhalt, Tatsache

Sinnverwandte Begriffe: Wahrheit, Wirklichkeit, Beleg

Gegensatzwörter: Annahme, Behauptung, Dichtung (Erdichtung), Einbildung, Märchen, Traum, Unwirklichkeit

Bisher war der Autor der Meinung, dass die Artikel und Beiträge im Gemeindeblatt immer faktenbasiert von ihrem Verfasser zur Veröffentlichung gebracht wurden.

Seit der Aprilausgabe des Monatsblattes ist nun eine neue Kategorie eingeführt worden, der **Faktencheck**.

Laut Google ist die Wortbedeutung/Definition von Faktencheck die gründliche Überprüfung von Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt.

Der Autor möchte an diese junge Tradition anknüpfen und den Faktencheck der Aprilausgabe einem Faktencheck unterziehen.

Stichwort: Käthe-Kollwitz-Stiftung

Fakt ist die Besucherzahlen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Im Jahr 2020 waren dies lt. Aussage der Stiftung 5751 Besucher, welche ca. 13.000,- € an Eintrittsgeldern laut Wirtschaftsgutachten zahlten.

Fakt ist der GMR hat sich sehr ausführlich in mehreren Gemeinderatssitzungen, mehreren Sondersitzungen sowie Workshops mit der prekären finanziellen Situation der Stiftung befasst. Auf Initiative der CDU – Fraktion wurde eine Wirtschaftsprüfung der Stiftung veranlasst, um die Tragfähigkeit der Finanzierung der Stiftung zu untersuchen. Das Ergebnis war ernüchternd. Laut gutachterlicher Stellungnahme benötigt die Stiftung folgende Zuschüsse der Gemeinde Moritzburg in dem Jahr 2021 – 57.894,15 €; dem Jahr 2022 – 60.703,36 €; dem Jahr 2023 – 88.397,36 €; dem Jahr 2024 - 67.455,68 €. Die Mehrheit im Gemeinderat hat deshalb beschlossen, nur bei einer Vorlage eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes für 2022 und Folgejahre weiterhin mit einem freiwilligen Zuschuss aus unseren Steuergeldern die Stiftung zu unterstützen. Die Mehrheit im Gemeinderat sieht bei der derzeitigen angespannten Haushaltslage von Moritzburg den Freistaat in der Pflicht.

Stichwort: Abriss alte Schule Moritzburg

Fakt ist: In der Gemeinderatssondersitzung am 01.10.2020 erfolgte die Vergabe an das drittgünstigste Angebot, welches nach Einschätzung der Verwaltung den notwendigen Regeln der Technik und technologischen Vorgaben entsprach (Differenz zum besten Angebot 40.483,07 €).

Fakt ist, dass der Gemeinderat sich in Sondersitzungen mit dem Problem der Mehrkosten beschäftigen musste. Dazu ein Zitat aus der Einladung zum Sondergemeinderat am 01.02.2021:

„Bezüglich der mündlichen Einwohneranfrage von GR Oehlcke im GR zu den nach seiner Sicht widersprüchlichen Kostendarstellung „Abriss Alte Mittelschule“ verweise ich auf die Anlage 2 zum GR Beschluss des Nachtrages vom 23.11.2020. Die Mehrkosten aus Mengenmehrung und Nachträgen belaufen sich in Summe auf 135.000 € (Info Januar Gemeindeblatt gerundet 130 T€)“

Stichwort: Kurfürst-Moritz-Schule

Fakt ist, dass der GMR die Planung des Anbaues an die KFM beschlossen hat. Mehrheitlich wurde entschieden den Anbau in Modulbauweise auszuführen, da diese Bauweise eine größere Kostentransparenz versprach. Im Haushalt 2019 wurden für das Projekt 1.308.000 € eingestellt. Entsprechende Angebote eingeholt, welche leider völlig mit knapp 2,5 Mio. € aus dem Planungsrahmen fielen. Mit Beschluss des GMR wurde die Rückkehr zur monolithischen Bauweise und eine entsprechende Planung in den kommenden Haushalten der Gemeinde angeregt.

Eine Mehrheit im Gemeinderat verhinderte mit diesem Beschluss eine Überdehnung der Investitionen im Haushalt der Folgejahre und damit eine zusätzlich notwendig werdende Kreditaufnahme.

Die eingestellten Mittel (1,3 Mio. €) sollen jetzt, wie die Verwaltung im Haushaltentwurf 2021 vorschlägt, für den Erwerb von Gewerbegrundstücken in Boxdorf umgewidmet werden.

Stichwort: Haushalt 2021

Fakt ist, dass der öffentliche Gesamthaushalt aus dem Kernhaushalt und weiterer Extrahaushalte besteht. Für die Bewertung der Verschuldung einer Gemeinde ist somit nicht nur der Kernhaushalt maßgebend. Im Gesamthaushalt weist die Gemeinde für 2020 eine pro Kopfverschuldung von 838,- € aus.

Fakt ist, dass die Verwaltung dem Gemeinderat einen Haushaltsentwurf 2021 mit einer zusätzlichen Neuverschuldung von mittlerweile 3,2 Mio. € zur Bewilligung vorgelegt hat. Dies würde nicht nur die höchste Neuverschuldung seit 2013 im Gemeindehaushalt bedeuten, sondern auch die Prokopfverschuldung über den max. Richtwert von 850,- € pro Einwohner auf knapp unter 1000 € anheben.

Fakt ist, dass nach Aussage der Verwaltung im Gemeinderat diese Schuldenaufnahme von 3,2 Mio. unbedingt notwendig wäre, um in den Folgejahren (2022 und 2023) einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, welcher durch die Rechtsbehörde genehmigungsfähig wäre.

Fakt ist, dass der hohe, sich angesammelte Bankbestand von 8,74 Mio. € ein Zeichen für nicht kontinuierliche Investitionstätigkeit der Gemeinde in den letzten Jahren ist und notwendigerweise in dem Haushaltsentwurf 2021 zur Deckung verplant wurde.

Fakt ist, dass sich der BM und die Verwaltung dem Gemeinderat verweigert einen Haushaltsentwurf ohne Neuverschuldung vorzulegen. **Kredite von heute sind die Steuern von morgen!**

Fakt ist, dass die angestrebte Haushaltskonsolidierung nur über eine Reduzierung bei den geplanten Großinvestitionen erfolgen kann. Signifikante Einsparungen bei den Sach – und Dienstleistungen (Grünanlagepflege, Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung usw.) würden

uns Bürger ganz persönlich in unsrem täglichem Leben treffen. Wir Bürger zahlen schließlich auch für diese Dienstleistungen Steuern und Abgaben.

Fazit: Der Autor schließt sich der Aphorismenauswahl des Faktenscheckers an.

„Fakten verschwinden nicht, nur weil man Sie ignoriert“ und freut sich schon auf den nächsten Faktenscheck im Dienste der Wahrhaftigkeit.

Gerald Bibas

(Sprecher der Wählergemeinschaft Pro Steinbach und Gemeinderat)

Quellenangabe

Protokolle öffentlicher Sitzungen des Gemeinderates der Jahre 2019 bis 2021